

Bernd Ebersold



Bernd Ebersold

Wissenschaftsimmanente Herausforderungen annehmen - Ziele weiter stecken. Private Wissenschaftsförderung vor neuen Aufgaben

Das Zivilgesellschaftliche erlebt einen bemerkenswerten Aufschwung in vielen Teilen der Welt. Einstige Domänen des auf das Gemeinwohl orientierten staatlichen Handelns werden nicht nur durch privatwirtschaftliches Streben, sondern auch durch ein verstärktes zivilgesellschaftliches Engagement zurückerobert. Vor allem das Stiftungswesen scheint zu neuer Blüte zu reifen, mit hohen allseitigen Erwartungen und selbstbewusst vorgetragenen Gestaltungsansprüchen seiner Akteure. Im Zeichen einer sich globalisierenden „Wissensgesellschaft“ erfährt dabei die Wissenschaft besondere Beachtung, gilt doch deren Förderung als die Basisinvestition für eine bessere Zukunft schlechthin. Die Hinwendung des Zivilgesellschaftlichen zur öffentlich finanzierten Wissenschaftsförderung wirft jedoch Fragen auf. Wie verhält sich das eine zum anderen? – Was leistet das eine, was das andere nicht leisten kann oder leisten soll, und wie gestaltet sich das Zusammenspiel der Akteure? Stiftet allein das Mehr privaten Geldes für die Wissenschaft für diese Mehr-Wert genug oder gilt es nicht vielmehr, zwischen besseren und weniger guten oder gar schädlichen Formen der Zusammenarbeit von Förderern und Geförderten zu unterscheiden? – Damit das private Engagement in der Wissenschaftsförderung weiterhin gedeihen und maximalen Ertrag abwerfen kann, sind beide Seiten aufgerufen, sich der Voraussetzungen, Ziele und Gestaltungsspielräume ihrer Beziehungen umfassender zu vergewissern.

Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich zunächst mit der wechselseitigen Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Eine kritische Auseinandersetzung mit den im Stiftungswesen vorherrschenden Selbstverständnissen mahnt angesichts der gegenwärtigen und einer auf absehbare Zeit fortbestehenden geringen finanziellen und strukturbildenden Potenz Privater Wissenschaftsförderung zu mehr Realitätssinn und zu gezielten Anpassungen in deren Förderambitionen. In der Passage zwischen der Skylla realitätsferner Selbstüberschätzung und der Charybdis des rein finanziellen Lückenbüßers in Fällen unzureichender staatlicher Förderung kommt es für private Förderer darauf an, den eigenen Wert und Gestaltungsanspruch in einer Erfolg versprechenden Weise einzubringen. In ihren Förderaktivitäten müssen sie sich daher verstärkt an den Bedarfen der Wissenschaft orientieren und ihre Ziele an die eigenen finanziellen Handlungsmöglichkeiten und Handlungskompetenzen anpassen. Wie am Beispiel des Engagements der Schweizer Jacobs Foundation an der Jacobs University Bremen (vormals International University Bremen) gezeigt werden kann, eröffnen sich für finanzstarke Stiftungen und Mäzene angesichts der aktuellen Herausforderungen des deutschen und europäischen Wissenschaftssystems allerdings auch Möglichkeiten, mit größeren

finanziellen Engagements und weiter gesteckten Zielen wirkungsvolle und nachhaltige Beiträge zur Verbesserung von Bildung und Forschung in einer vom Wandel geprägten Wissenschaftslandschaft in Europa zu leisten.

1. Die Bedeutung der Wissenschaft in der Zivilgesellschaft

Die Wissenschaft mit ihrer konstitutiven Einheit von Lehre und Forschung ist als Quelle der Innovation Treiber des sozialen Wandels. Aufgrund ihrer Relevanz stößt sie auf ein besonderes Interesse des Privaten und des Staatlichen. Wissenschaft ist so über die Jahrhunderte hinweg zu einer vom Staat und von den Unternehmen verantworteten Domäne geworden, in welcher das Individuum mit seinen geistigen Fähigkeiten und seiner ihm angeborenen Neugierde zwar seinen Handlungsfreiraum findet, in der aber die Frage der jeweiligen Ausgestaltung dieses Freiraumes (=wissenschaftliche Autonomie im rechtlichen Bezugssystem), der institutionellen Struktur (=Organisationsformen) und letztlich der Finanzierung in den Ländern der Welt ihre unterschiedliche Beantwortung erfährt. Wissenschaft ist ein soziales Phänomen sui generis, das den Wandel der Gesellschaft ebenso antreibt wie es sich diesem nicht entziehen kann. Dies gilt in einem besonderen Maße für die staatliche Wissenschaftsförderung und die sie unterstützende private Förderung durch Einzelpersonen und Stiftungen, denen sich die nachfolgenden Ausführungen widmen.

Verglichen mit den Forschungs- und Entwicklungsleistungen der Wirtschaft ist die dem Gemeinwohl verpflichtete Wissenschaftsförderung des Staates direkter und umfassender dem gesellschaftlichen Veränderungsprozess unterworfen. Und mit und an ihr muss sich auch die Private Wissenschaftsförderung stets neu ausrichten. Aus diesem Grunde sollten das Stiftungswesen und das Mäzenatentum die aktuellen Debatten und Entwicklungen zur Neugestaltung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Europa und in Deutschland zum Anlass nehmen, seine Selbstverständnisse und Wirkweisen einer strategischen Überprüfung zu unterziehen. Zumal das Private unter dem Banner der Zivilgesellschaft gegenwärtig einen Bedeutungszuwachs erfährt, der in verbesserten rechtlichen Regelungen, in einer Zunahme von Stiftungsneugründungen und nicht zuletzt in einer stärkeren Hinwendung zur Wissenschaftsförderung im Kanon möglicher Stiftungszwecke seinen Niederschlag findet. Unterstützung erfahren diese Entwicklungen auch auf der „Empfänger“-Seite, haben sich die Hochschulen und Forschungseinrichtungen bis hin zu den individuellen Antragstellern längst auf den Weg gemacht, ihr sogenanntes Fundraising (die Anglizismen hier sind nicht nur Mode, sondern Pro-

gramm!) zu professionalisieren. So nimmt es nicht Wunder, dass sich in deren Umfeld und mit dem ausgemachten Erben-Boom im Blick ein Marktgeschehen etabliert hat, mit professionellen, zumeist juristischen Ratgebern im Stiftungsrecht, mit Stiftungsfachadministratoren, Stiftungsfachverbänden und Fundraising Agenturen als dessen Protagonisten. Ein Markt im Aufbruch also, in dem Realitätssinn und visionäre Ausstrahlung, aber auch Selbstüberschätzung und Unprofessionalität gelegentlich eng beieinander liegen.

Doch was könnte man gegen die Entwicklung wachsender privater Generosität überhaupt einwenden? Findet hier nicht der Gemeinwohl eine Bestimmung, die sich jeder Kritik entzieht? Sicherlich, Bildung und Forschung tun not, aus Sicht der Menschheit, aus Sicht der Nationen, die sich in ihrer transnationalen Enthebung mehr und mehr als Ansammlung von Lebens-, Wirtschafts- und Wissensstandorten verstehen, oder aus Sicht chronisch unterfinanzierter Einrichtungen zur besseren Ausnutzung des Innovationspotentials ihrer Wissenschaftler/innen. So meinen denn auch die Bannerträger eines „Bildung und Forschung tun not“ in erster Linie mehr Geld, und jedes zusätzliche Geld ist demnach per se sinnvoller Beitrag zur Linderung dieser Not. Das klingt vielleicht sarkastischer als es gemeint sein darf. Denn richtig ist: Die Kompetition im System der Wissensvermittlung und Wissensgenerierung hat sich rasant verschärft und die Höhe der geleisteten Investitionen entscheidet mit über die „eigene“ Position auf der globalen Wettbewerbsskala konkurrierender Wissensgesellschaften.

2. Selbstverständnisse der Privaten Wissenschaftsförderung

Der Gedanke, das Private in der Wissenschaftsförderung diene allein dem Zweck der Budgetsteigerung für ansonsten staatlich alimentierte Aktivitätsfelder, hinterlässt allerdings in mehrfacher Hinsicht einen faden Beigeschmack. Dagegen spricht zunächst das ordnungspolitische Argument, nach dem die fiskalische Privilegierung von gemeinnützigen Aktivitäten ihre Berechtigung unter anderem in dem Gebot der Mehrwertstiftung gegenüber dem staatlichen Handeln erfahren muss. Zivilgesellschaftliches Handeln in den klassischen Domänen staatlichen Handelns steht unter dem Legitimitätsdruck nachweisen zu müssen, dass es nicht nur einen quantitativ-finanziellen, sondern auch qualitativ-materiellen Mehrwert zu erzielen in der Lage ist. Zum Glück erweist es sich dabei, dass dieses Gebot eine Entsprechung im intrinsischen Motiv gemeinnützigen Handelns des Privaten findet. Etwas besser zu können als der Staat, und sei es nur, etwas effizienter zu können als der Staat, gehört zum Grundkanon des eigenen Rollenverständnisses von Spendern und Stiftungen. Selbst klassisches Mäzenatum findet nicht selten seine Begründung im Anspruch an dieser höheren Effizienz und Effektivität des Privaten gegenüber dem Staatlichen. In der Beantwortung der Frage, was das Private in einer Domäne des Staates überhaupt leisten kann, mangelt es seinen Protagonisten selten an Selbstvertrauen. Es gehört zum verinnerlichten Credo von Stiftungen, seien sie groß oder klein, finanzstark oder eher finanzschwach, operativ oder nur fördernd, ausschließlich auf die Wissenschaftsförderung konzentriert oder multibedarfsorientiert, dass sie – anders als die auf Gleichheit und politischen Konsens orientierte, in bürokratischen Strukturen verhaftete staatliche Förderung – freier, fle-

xibler, schneller, autonomer, risikofreudiger, fokussierter, strukturbildender kurz: innovativer wirken können als eben ihr staatliches Pendant. Als finanzieller Lückenbüsser gegenüber defizitären Alimentationen der Öffentlichen Hand will das Private in der Wissenschaftsförderung keinesfalls missverstanden werden. Nun mangelt es der Privaten Wissenschaftsförderung nicht an klugen Köpfen, die das Machbare und Notwendige mit ihren realen Handlungsspielräumen in Einklang zu bringen versuchen. Und ebensowenig mangelt es auf der Seite der Institutionen und Personen in der Wissenschaft am Willen, durch aktive Mitwirkung an der Definition des Notwendigen und der Qualitätssicherung in der Stiftungsarbeit beste Synergie herzustellen – unbeschadet einer gelegentlichen Verwunderung auf Seiten der Wissenschaft über deklamierte Führungsansprüche und Selbstvermarktungssprüche im Hochglanzformat so mancher ihrer Förderer. Und natürlich darf auch nicht außer acht gelassen werden, dass ein allseits erwünschtes Ansteigen zivilgesellschaftlichen Engagements leichter mit plakativen Zielambitionen denn mit Hinweisen auf den steinigigen Weg der Zielerfüllung befördert werden kann. Dessen ungeachtet bleibt die Frage zulässig: Ließe sich in der Privaten Wissenschaftsförderung mit mehr Realitätssinn in der Bemessung des Leistbaren und mit einem präziseren Abgleich des von der Wissenschaft definierten Notwendigen nicht eine bessere Förderperformance erreichen als unter einem System der fortgesetzten Selbstverklärung der eigenen Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu denjenigen des Staates?

3. Was kann Private Wissenschaftsförderung leisten?

Wie berechtigt diese Frage ist, zeigt zunächst einmal der systemische, zahlenorientierte Blick auf das Verhältnis der öffentlichen Wissenschaft zur Privaten Wissenschaftsförderung. Letztere ist in Deutschland im Jahre 2004 mit mehr als 10.000 Stiftungen hochfraktal und in ihrer Wirksamkeit mit einem Gesamtaufkommen von 0,5% an den Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung respektive 1,2% an der öffentlichen Wissenschaft doch eher von marginaler Bedeutung. Die starke Stratifikation mit einigen wenigen finanzstarken Stiftungen (z.B. Volkswagen Stiftung, Bosch Stiftung etc.) und einer Vielzahl von Klein- und Kleinststiftungen relativiert sogar die absolute jährliche Ausschüttungshöhe privater Förderung in Höhe von geschätzten 350 Mio Euro, spricht dies doch dafür, dass die jeweiligen Aufwands-Ertragsrelationen in der Qualitätssicherung sich als ebenso ungleich erweisen. Unberührt von den Vorhersagen eines Erbenbooms wird auf absehbare Zeit der Staat der Hauptfinanzier und der Haupttreiber der öffentlichen Wissenschaft bleiben. Zugegebenermaßen ist dies der systemische Blick aufs Ganze, nicht auf potentielle und in der Realität vorkommende nachweisbare punktuelle Erfolge der privaten Förderung. Aber gültig bleibt, dass das Private aufgrund seiner relativen Marginalität in jenem Wirkungszusammenhang verfangen bleibt, dem es sich um jeden Preis willen entziehen möchte: der reinen kompensatorisch-additiven Förderung in Fällen unzureichender oder unzureichend erscheinender Förderung seitens des Staates.

Die Kritik an einer Überschätzung der eigenen Wirksamkeit gegenüber dem staatlichen Wirken sollte allerdings nicht dahingehend missverstanden werden, dass privates Engagement per se nicht zu einer partiellen Befruchtung des Wissenschaftssystems fähig wäre. Vielmehr geht mit dem Rekurs auf mehr Rea-

litätssinn die Überzeugung einher, dass die Wirkung privater Zuwendungen eher durch ein besseres Verständnis des Empfängerkontextes erreicht und gesteigert werden kann, denn durch einen Don Quichote gleichen Kampf gegen die vermeintlichen Windmühlen staatlicher Inflexibilität und Bürokratie. Nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen entwickelten Industrienationen hat der Staat längst institutionelle Wege aus der etatistischen Steuerung hin zu wissenschaftsadäquaten ausdifferenzierten Selbststeuerungsprozessen gefunden. Dergestalt ist das Private, hier in der Form der wissenschaftlichen Autonomie weitgehend eigenverantwortlicher universitärer oder außeruniversitärer Einrichtungen, längst gelebte Praxis in der Welt der Wissenschaft. Leistungsstarke Trägereinrichtungen, wie etwa die Max-Planck-Gesellschaft in Deutschland, oder die ausschließlich dem Exzellenzgebot unterliegenden peerbasierten Fördereinrichtungen, wie der Schweizer Nationalfonds, die amerikanische National Science Foundation oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft, bis hin zu modernen, flexiblen Budgetierungs- und Personalmanagementregimen sind Belege für eine aufgeklärte Funktionswahrnehmung seitens des Staates, die bei aller Optimierungsfähigkeit im Detail kaum als grundstürzend verbesserungsfähig diagnostiziert werden kann.

4. Spielräume für Effizienzsteigerungen

Wenn dem so ist, so kann ein Beitrag der Privaten Wissenschaftsförderung an der Optimierung der öffentlichen Wissenschaft sinnvoller Weise sich nur dann wirkungsvoll entfalten, wenn er sich an den Bedarfen orientiert, die aus der Wissenschaft selbst heraus formuliert werden. Das tun Spender und Stiftungen bereits aus der Not mangelnder eigener Kompetenz heraus und beziehen fachliche Expertise in ihre Gremienstrukturen und Auswahlprozesse ein. Es ist daher vor allem eine Herausforderung verbesserter Kommunikation zwischen Förderern und Geförderten auf der Basis einer vertrauensgestützten symbiotischen Beziehung, in welcher der Donator in dem Bewusstsein handelt, nicht mehr von der Sache zu verstehen als derjenige, dem er sein Geld anvertraut. Dies ist eine Einsicht, die der Privaten Wissenschaftsförderung abverlangt werden muss, wie sie denjenigen im Gegenzug eine hohe Verpflichtung zum partnerschaftlichen Umgang und zur Wertschätzung abverlangt, die von ihr finanziell profitieren.

Ist diese Basis gelegt und gelebt, dann bieten sich vielfältige Handlungsansätze für Stiftungsaktivitäten, die mehr sind als nur Zusatz-Finanzierungen in bestehende Prozesse und Strukturen. Idealerweise sind es kooperativ mit der Wissenschaft und deren Wissenschaftsmanagement verhandelte Ansätze, die das Stiftungsmanagement einschlagen kann. Hier können erfolgreiche Förderungen ansetzen und müssen immer wieder neu bestimmt und nachjustiert werden. Das macht Stiftungsarbeit so attraktiv und herausfordernd. Augenhöhe in der Diagnose verbesserungsfähiger Teile zu entwickeln, an der Entwicklung und Anwendung breit angelegter Therapieformen mitzuwirken und weniger an das selbstentwickelte Blockbuster-Medikament zu glauben, ist das Erfolgsrezept, mit dem das Private gemeinsam mit der Wissenschaft Nachwuchsförderung betreiben, über Gebühr vernachlässigte Disziplinen und Ansätze fördern, Stärken noch weiter stärken und risikobehaftete Pfade jenseits der Hauptlinien der Forschung gehen oder Anerkennungen für exzeptionelle wissenschaftliche Leistungen aussprechen kann. Handlungsspielräume und Chancen für Effizienzsteigerungen ergeben sich für Stiftungen nicht nur in der Förderung wissen-

schaftlicher Inhalte, sondern auch hinsichtlich der Organisation von Wissenschaft. Zu häufig steht auch hier eine Selbstüberschätzung der Wirksamkeit des eigenen Stiftungshandelns der effizienten Zielerreichung im Wege. Nicht dass es nicht etwa einer auch quantitativen Erweiterung der Zivilgesellschaft bedürfte, aber allein die schiere Zahl von Entitäten in einer Stiftungslandschaft sagt doch noch nichts über deren Leistungsfähigkeit aus. „Aufbau kritischer Maße“ als Erfolgsrezept in der Wissenschaft sollte auch im Stiftungswesen stärker seine Berechtigung finden. Bündelungseffekte der Bürgerstiftungen oder Dachstrukturen, größere Freiheiten in der Möglichkeit von Zustiftungen bis hin zu strategischen Allianzen von Stiftungen mit dem Ziel der kooperativen Förderung weisen hier den richtigen Weg. Doch selbst finanzstarke Stiftungen, die sich eine hohe und strukturbildende Wirksamkeit ihrer Aktivitäten zum Ziel setzen dürfen, müssen die Stimmigkeit ihrer Aufwand-Ertrags-Relationen stets überprüfen. Dabei sollten die tatsächlichen Bedarfe der Wissenschaft ebensowenig außer Blick geraten wie die Begrenzungen der eigenen Handlungsmöglichkeiten. Dies gilt insbesondere dann, wenn es mehr um die Förderung von leistungsfähigen Strukturen denn um eine Themen- und Personenförderung im engeren Sinne geht. Gerade an den großen Demarkationslinien künftiger Herausforderungen für das System Wissenschaft im Kontext einer sich wandelnden Gesellschaft, erweist sich der kommunikationsgestützte Abgleich zwischen Förderern und Geförderten als essentiell.

5. Herausforderungen im Wissenschaftssystem

Es kann hier nicht der Ort sein, die Herausforderungen des deutschen und europäischen Wissenschaftssystems im Detail zu analysieren. Eine auf die wesentlichen Entwicklungen konzentrierte Darstellung aber wird es erlauben, Orientierung im Dickicht der künftigen Herausforderungen auch der Privaten Wissenschaftsförderung zu geben. Beginnen wir mit dem Blick auf Europa und mit dem Positiven: Europa besitzt hinsichtlich seiner Student/innen und Wissenschaftler/innen, seiner wissenschaftlichen Institutionen und letztlich der großen gesellschaftlichen Akzeptanz von Bildung und Forschung eine hohe Leistungsfähigkeit und Leistungsvielfalt. Und es besitzt mehr noch ein enormes Potential, diese seine Stärke zu einem Maximum des rechten Maßes von Breitenförderung und Spitzenförderung im Wettbewerb mit den heutigen und künftigen großen Forschungsnationen zu führen.

Aber dieser Potentialentfaltung stehen wirksame Kräfte entgegen. Zunächst einmal muss konstatiert werden, dass Europa in der Wissenschaftsförderung cum grano salis bis zum heutigen Tag noch nicht mehr ist als die Summe seiner Wissenschaftsnationen. Die Europäische Union ist geprägt von zu großer Heterogenität hinsichtlich Leistungsfähigkeit, institutioneller Strukturen und Förderphilosophien. Die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtete Wissenschaftsförderung Brüssels ist - trotz guter Ansätze wie dem European Research Council - ein kurzatmiges, mit stets wechselhaften Zielen versehenes bürokratisches Instrument der anwendungsorientierten Projektförderung geblieben, ein Instrument, das im Zeichen fortgesetzter Mächtigkeit des Gebots sozialer Kohäsion kaum strukturbildende Kraft zur Beseitigung nationaler Suboptimalitäten entfaltet. In diesem Sinne ist die Lissaboner Deklaration mehr Fiktion denn Vision. Das heutige gemeinsame Europa verfügt in seinen wissenschaftspolitischen Ambitionen, denn von einer Wissenschaftspolitik kann keine Rede sein, weder über die Mittel noch den

politischen Willen, signifikante Mehrwerte gegenüber den Schwächen und Stärken der Wissenschaftspolitiken ihrer (forschungstärkeren) Mitgliedsstaaten zu stiften.

Die Situation in Deutschland ist der europäischen nicht ganz unähnlich. Auch hier herrscht, auf deutlich höherem Leistungsniveau, sowohl in den institutionellen Ausprägungsformen (universitäre vs. außeruniversitäre Einrichtungen; angewandte vs. Grundlagenforschung; institutionelle vs. Projektförderung) als auch auf den Handlungsebenen des Staates leistungsförderliche und leistungsbehindernde Ausdifferenziertheit vor. Wenngleich in Deutschland, anders als in Europa, das Förderhandeln seiner staatlichen Teile dazu imstande ist, ein Mehr zu generieren, so reicht das Miteinander von Ländern und Bund in der Wissenschaftsförderung doch kaum an das angestrebte Maximum heran. Mit Blick auf die Notwendigkeiten in der Wissenschaftsförderung kann die Reform der förderativen Ordnung nur als Rückschritt bewertet werden, ein Mislingen, über das auch die Einigung über den „Pakt für Forschung und Innovation“ sowie die „Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“ nicht hinwegzutäuschen vermag. In strukturell institutioneller Hinsicht hat Deutschland bislang noch keine überzeugende Antwort auf die systemischen Verzugschäden in seiner mit der deutschen Einigung größer gewordenen Wissenschaftslandschaft gefunden. Von der leistungsförderlichen Pluralität über institutionelle Heterogenität bis zur leistungsmindernden Fraktalität führen verschlungene Pfade, auf denen man nicht selten den Überblick verliert, an welcher Stelle man sich gerade befindet. Hier hilft der Blick auf das Ziel, auf die Bewältigung der konkreten Herausforderungen, vor denen die Wissenschaft steht. Die wissenschaftspolitischen Debatten der letzten Jahre in Deutschland lassen deutlich die von der Konkurrenz gesetzten Zielmarken erkennen. Bildung und Wissenschaft sind zu Konstitutionsbedingungen leistungsfähiger Gesellschaften der Zukunft schlechthin geworden. Ferner hat sich weltweit ein Marktgeschehen um die besten akademischen Ausbildungsstandorte etabliert, weil es Jugendliche aus aller Welt ganz offensichtlich dorthin zieht, wo sie mit der besten Ausbildung ihre Zukunftschancen sichern können. Ein Marktgeschehen, in dem Qualität und nicht geringstmögliche individuelle Ausbildungskosten über die Wahl entscheidet - eine für Deutschland allerdings immer noch überraschende Erkenntnis.

„Skill competition“ und „war on talents“ sind zwar martialische Schlagworte in der Debatte, sie veranschaulichen aber gleichwohl, welche Herausforderungen in der Wissenschaftsförderung zu meistern sind. Das etatistische Steuerungsmodell hat endgültig auch in der Lehre ausgedient, nach dem der Staat mit seinen akademischen Institutionen Bildung in ausschließlich national definierten Denkmustern gewährt. Universitäten sind derzeit auf dem Weg, sich zu Institutionen der Partizipation nach Marktgesetzen zu transformieren, in einem lang andauernden Prozess, in dem neben der Qualitätssteigerung internationale Visibilität, Bildungsmarketing und Positionsgewinne gegenüber den ausgemachten Konkurrenzinstitutionen eine immer größere Bedeutung erhalten.

Das rechte Maß von Breiten- und Grundlagenqualifikation einerseits und von Spitzen- und Spezialqualifikation andererseits zu finden, ist dabei das Ziel. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben, und beides sollte nicht länger in der Diskussion um das knappe Geld als Gegensatz diskutiert werden. Bildung und Wissenschaft bauen sich vielmehr pyramidal auf, je höher die Spitze sein möchte, desto breiter muss das Fundament sein.

Aber ohne Leistungsspitzen zur Generierung neuen Wissens, ohne die der höchsten Exzellenz verpflichteten Bündelung von Kräften, werden sich die Wettbewerbsposition einer Gesellschaft und damit wiederum die Konstitutionsbedingungen für Bildung und Wissenschaft insgesamt verschlechtern.

Die Frage, wie neues Wissen angesichts der Komplexität der Gegenstände und der Heterogenität der wissenschaftlichen Einrichtungen bestmöglich organisiert werden kann, wird daher zurecht mit Hinweis auf die Notwendigkeit des Aufbaus „kritischer Massen“ und deren Zusammenführung zu Exzellenzzentren beantwortet. Hier stoßen wir auf die größte institutionelle Herausforderung, der sich die Wissenschaftssysteme in Europa gegenüber gestellt sehen. Es geht um die Frage der besten Zusammenführung öffentlich finanzierter Forschung mit derjenigen der Wirtschaft, des förderlichen Zusammenwirkens von Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie der Bereitstellung geeigneter Förderinstrumente zur Bewältigung von konkreten, aber mit einem grundsätzlichen Scheiternsrisiko in der Bearbeitung behafteten Fragestellungen. Die aufgabenorientierte Zusammenführung von Wissenschaftsorganisationen und ihren Wissenschaftler/innen zu zeitlich begrenzten regionalen Forschungsclustern, welche die institutionellen Grenzen der beteiligten Akteure aufheben ohne die notwendige Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen und Arbeitsweisen der Forschung zu beschädigen, ist die strategische Herausforderung in der Wissenschaftsförderung der Gegenwart.

6. Private Wissenschaftsförderung vor neuen Aufgaben

An spannenden Fragen und Herausforderungen mangelt es somit nicht. Gerade für die Private Wissenschaftsförderung mit ihrer gegenüber der öffentlichen Förderung immanenten Begrenzung in Größe und Wirksamkeit ist es von zentraler Bedeutung, dass sie die Herausforderungen im Wissenschaftssystem erkennt und ihr eigenes Handeln auf die in der Wissenschaft diskutierten und eingeschlagenen Lösungswege hin ausrichtet. Für die meisten Träger in der Privaten Wissenschaftsförderung zeichnet sich daher ein höchst ambivalentes, weil ernüchterndes Bild ab. Sie müssen sich stärker in eine Kommunikation mit den Nutznießern ihrer Förderung begeben, um letztendlich zu erfahren, dass ihr Beitrag zwar immer erwünscht, häufig spezifisch sinnvoll, aber höchst selten von essentieller und nachhaltiger Bedeutung ist. Angesichts der Problemhöhe der Herausforderungen bleibt daher vielen Stiftungen nichts anderes übrig, als ihre Ansprüche zu reduzieren und ihre Ziele weniger ambitioniert zu formulieren.

An den gegebenen Herausforderungen kann allerdings die Private Wissenschaftsförderung auch wachsen. Ein Wissenschaftssystem im Umbruch eröffnet hierzu eine Vielzahl an Möglichkeiten. Allerdings müssen die Maßnahmen an der richtigen Stelle ansetzen und so angelegt sein, dass der geleistete Einsatz mit der Größe der Aufgabe korrespondiert. Die Private Wissenschaftsförderung kann wirkungsvolle strategische Beiträge in dieser Phase der Neugestaltung der deutschen und europäischen Wissenschaftslandschaft dann leisten, wenn sie die Größe der Aufgabe erkennt und bereit ist, den weiter gesteckten Zielen angemessene Taten folgen zu lassen.

Das Beispiel Jacobs Foundation – Jacobs University Bremen

Das im November 2006 bekannt gewordene 200 Mio. Euro-Engagement der Jacobs Foundation an der International University Bremen (IUB) mag hier als Beispiel stehen. Die IUB, die im Jahre 2001 als erste private europäische Campus Universität mit breitangelegtem Fächerspektrum in den Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften ihren Betrieb aufgenommen hatte, galt in Fachkreisen als ambitioniertes, gelegentlich auch kritisch betrachtetes Experiment. Als vollakkreditierte Privatuniversität entzündete sich zuweilen Streit daran, ob der Staat für dieses zwar nicht gewinnorientiert-gemeinnützige aber immerhin private Unternehmen überhaupt Geburtshilfe leisten dürfen. Ordnungs- und verteilungspolitische Gründe wurden dagegen wie an anderer Stelle der berühmte (private) Stachel im bürokratischen Fleisch der Staatsdomäne Wissenschaft dafür angeführt. Innerhalb weniger Jahre gelang es dieser Universität mit heute rd. 1.100 auf einem Campus lebenden und lernenden Student/innen aus mehr als 90 Ländern und einem englischsprachigen Ausbildungsangebot in 20 Bachelor- und 15 Master- und PhD-Studiengängen, eine weit über Deutschland hinausreichende Strahlkraft im sich entwickelnden internationalen Bildungsmarkt zu entfalten. Eine internationale Kommission bescheinigte denn auch der Universität im Jahr 2006 einen überraschend schnellen Erfolg und hohes Potential für ihren weiteren Ausbau, insbesondere auch in der Forschung. Finanziell jedoch stand das Experiment auf der Kippe, sah sich die Universität doch bereits zu einem frühen Zeitpunkt dazu gezwungen, zur Deckung ihrer laufenden Ausgaben auf den ohnehin zu geringen Kapitalstock zurückzugreifen. Der International University Bremen drohte aus rein finanziellen Gründen ein Scheitern, noch bevor sie den Nachweis erbringen konnte, zu einer Bereicherung der deutschen und europäischen Bildungs- und Wissenschaftslandschaft nachhaltig beitragen zu können. Das Hilfspaket, das die von dem Schweizer Unternehmer Klaus J. Jacobs gegründete Jacobs Foundation nach Gesprächen mit dem neu in sein Amt eingetretenen Universitätspräsidenten Joachim Treusch der IUB anbieten konnte, setzte konsequenterweise sowohl unmittelbar an dem operativen Verlust als auch mittelbar an der Problematik des Kapitalstocks an. Ein in der europäischen Privaten Wissenschaftsförderung bislang beispielloses 200 Mio. Euro schweres Paket wurde geschnürt, das eine jährliche Zahlung in Höhe von 15 Mio. Euro in die freie Kapitalrücklage der Universität für die nächsten fünf Jahre und nach vertraglich fixiertem Erreichen von Meilensteinen hinsichtlich der qualitativen Weiterentwicklung und des Ausgleichs des laufenden Haushaltes im Jahre 2011 eine kapitalstockerhöhende Zahlung in Höhe von 125 Mio. Euro vorsieht. Die von den Universitätsgremien vorgeschlagene und zwischenzeitlich vollzogene Umbenennung der IUB in Jacobs University Bremen wäre sicherlich kein ausreichender Grund für die Stiftungsgremien und die Stiftungsgründerfamilie Jacobs dafür gewesen, sich in dieser Höhe zu engagieren. Sie sehen in dieser „Investition“ allerdings nicht nur eine konsequente Weiterentwicklung ihres auf die Jugendförderung orientierten Stiftungszwecks. Vielmehr begeisterte sie der Gedanke, mit dem in eine neue Größenordnung vorstoßenden Nachweis der Leistungsfähigkeit Privater Wissenschaftsförderung sowohl eine beispielhaft nachahmenswerte Einzelförderung zu tätigen als auch mit diesem Investment einen wirkungsvollen und nachhaltigen Beitrag zur Lösung struktureller Herausforderungen des deutschen und europäischen Wissenschaftssystems leisten zu wollen. Die Jacobs University Bremen steht als privater Wis-

senschaftsträger gegenüber der Dominanz staatlich verantworteter Wissenschaft sinnigerweise vor derselben Aufgabe wie die Private Wissenschaftsförderung im Allgemeinen. Beide können nicht - im Sinne eines Systemgegensatzes - gegen die Staatsdomäne Wissenschaft agieren. Beide müssen sich vielmehr in diese einfügen, ja sich auf deren Interessen und Zielvorstellungen hin ausrichten, ohne ihren Eigenwert und ihre Visibilität zu verlieren. Beide, die Private Wissenschaftsförderung wie der private Wissenschaftsträger Jacobs University Bremen, wären in den jeweiligen Zielsetzungen zum Scheitern verurteilt, sähen sie sich als David im Kampf gegen Goliath. Es kann kein Kampf der Systeme gegeneinander sein, sondern die Suche nach synergetischer Arbeitsteilung ungleicher Potenzen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im globalen Marktgeschehen der Bildungs- und Wissenschaftsstandorte.

Auf diese übergeordneten Ziele haben sich die private Universität und die Jacobs Foundation in ihrer strategischen Zusammenarbeit verpflichtet. So soll die Jacobs University Bremen mit ihrem fokussierten Lehr- und Forschungsangebot einerseits und mit ihrer internationalen Student/innenschaft andererseits zu einem regionalen Orientierungspunkt auf der Landkarte weltweiter Ausbildungschancen für leistungswillige und leistungsfähige Jugendliche auf- und ausgebaut werden. Mit ihrer spezifischen Verfasstheit soll die Universität ihre auf gesellschaftlich relevante Zukunftsfragen ausgerichtete Ausbildungs- und Forschungskapazitäten konsequent weiterentwickeln und damit vielfältige Beiträge für die Entstehung von regionalen inter-institutionellen Forschungsclustern leisten. Auch sind mit ihrem Berufungs-, Evaluations-, Personal- und letztlich auch ihrem Finanzwesen Hoffnungen verbunden, der Organisation von Wissenschaft im allgemeinen neue Impulse zu geben. Es wird sich in den kommenden Jahren erweisen müssen, ob mit dem angestrebten Erfolg der Jacobs University Bremen es auch der Privaten Wissenschaftsförderung gelingen wird, einen unverwechselbaren und unverzichtbaren Platz im System der staatlich dominierten Wissenschaftsförderung einzunehmen.

7. Herausforderungen als Chance begreifen

Die Private Wissenschaftsförderung muss im Blick auf die Konstitutionsbedingungen moderner Wissenschaft stets ihre Grenzen im Blick halten, will sie das Maximum ihrer eigenen Leistungsfähigkeit erreichen. Selbsttäuschungen sind dabei ebenso schädlich wie ein Zurückschrecken vor den strukturellen Herausforderungen und Größendimensionen moderner Wissenschaft. Ein voreiliger Verzicht finanzstarker Stiftungen und künftiger potenter Stifter/innen, sich die Ziele ihres gemeinnützigen Handelns tatsächlich weiter zu stecken, verspielt Chancen für beide Seiten. Das Beispiel der Zusammenarbeit zwischen der Jacobs Foundation und der Jacobs University Bremen zeigt, dass neue Wege erfolgreich beschritten werden können. Die eigenen Handlungsspielräume auszuloten, den Abgleich in einer offenen Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Wissenschaft zu suchen und letztlich auch die Chancen und Risiken einer „Groß-Investition“ zu suchen, das sind Herausforderungen, denen sich die Private Wissenschaftsförderung neu zu stellen hat.

■ Dr. Bernd Ebersold, Geschäftsführer der
Jacobs-Foundation, Zürich,
E-Mail: bernd.ebersold@jacobsfoundation.org